

Rede Peter Boehringer im Bundestag, 25.3.2020 (10.00 Uhr)

zum „Corona-Gesetzpaket“: Generaldebatte (6 Min)

https://www.youtube.com/watch?v=x_gu4qVjYmY

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Die GESUNDHEIT der Menschen hat IMMER Priorität.

Die AfD hat medizinisch DERZEIT keine GESICHERTEN, besseren Erkenntnisse als die Berater der Bundesregierung. Wir unterstützen daher Maßnahmen der unmittelbaren Existenz- und Gesundheitsfürsorge – etwa die Milliardensummen für die Krankenhäuser und Kleinunternehmer sowie Maßnahmen gegen die weitere Ausbreitung der Pandemie.

Corona-Patienten in Krankenhäusern oder heute noch Gesunde, die aber morgen Corona-Patienten sein könnten, müssen sich also keine Sorgen machen, dass ihre Behandlung am Geld scheitert – etwa für Schutzausrüstung oder Beatmungsgeräte.

Zugleich sind aber viele der heute von der Bundesregierung vorgeschlagenen Shutdown-Maßnahmen nicht nur einschneidend – sondern in der Nachkriegszeit PRÄZEDENZLOS – und schon nach wenigen Wochen IHRERSEITS für viele Menschen EXISTENZ-gefährdend! Es geht hier explizit NICHT um das völlig unbestritten erforderliche Unterbinden von gefährlichen Corona-Partys. Und auch die temporäre Minimierung der Sozialkontakte wird –so hart das auch für viele ist– von der AfD DERZEIT mitgetragen.

Doch wir müssen weiterdenken: Ein ganzes Land in STILLSTAND zu versetzen, führt schon nach KURZER ZEIT für viele Menschen und Unternehmen zu zum Teil irreversiblen Folgewirkungen: psychische Belastungen durch Freiheitsbeschränkungen; Betriebsschließungen, finanzielle Notlagen durch Entlassungen, von Eingriffen in Bürgerrechte und Eigentum ganz zu schweigen!

Es ist eine Illusion, dass staatliche Gelder –also Steuergelder der Gesellschaft selbst– auch nur ANNÄHERND ausreichen könnten, die derzeit fast völlig unterbundene Wertschöpfung des Privatsektors zu ersetzen. Die deutschen Unternehmen erwirtschaften Werte i.H.v. 3,5 Billionen Euro pro Jahr; also jeden MONAT 300 Milliarden! Der Staat könnte selbst nur die HÄLFTE davon mit dem heute vorliegenden gewaltigen Maßnahmepaket noch nicht einmal für 6 Monate ersetzen.

Darum JA: HEUTE muss sich noch alles den medizinischen, Notwendigkeiten unterordnen. Doch die Maßnahmen müssen angesichts der HORRENDEN finanziellen, psychischen und gesellschaftlichen Folgen des aktuellen Stillstands in sehr kurzen Abständen immer neu hinterfragt werden: Durch uns, den Gesetzgeber; auf Basis einer sich ständig ändernden Erkenntnis, etwa zum Entwicklungsstand von Impfstoffen oder zu hoffentlich bald zurückgehenden Fallzahlen – hier lassen Entwicklungen im Ausland ja etwas hoffen.

Daher unser Generalantrag zur heutigen Debatte auf enge zeitliche BEFRISTUNG vieler Maßnahmen, dem ich Sie im Interesse Deutschlands inständig bitte, zuzustimmen! <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/181/1918159.pdf>

In drei bis vier Wochen wird die erste Spitze der Corona-Pandemie vorüber sein. Die seit einigen Tagen nach langem Zögern der Regierung nun verfügbaren Maßnahmen des Shutdowns und der Grenzsicherungen werden greifen. Die Intensivstationen werden dann das Schlimmste hinter sich haben. Übrigens machen unsere Ärztinnen, Ärzte, Pfleger und Krankenhaus-Schwester einen exzellenten Job – so dass es bislang in Deutschland erheblich weniger Tote gibt als prognostiziert – dafür von hier aus herzlichen Dank!

Die Corona-Krise wird dann im April zwar leider noch nicht überwunden sein. Aber trotzdem wird bei laufenden volkswirtschaftlichen Schäden von über 50 Mrd Euro pro WOCHE ein langsames Wiederhochfahren des Landes UNUMGÄNLICH sein! **Unser Antrag schafft die Voraussetzung dafür, dass der Bundestag dem Land diese meines Erachtens LEBENSNOTWENDIGE Option erhält! Ebenso lebensnotwendig wie die DIREKTEN Maßnahmen gegen Corona.**

Die Alternative für Deutschland nimmt somit heute ihre Verantwortung in Zeiten der Pandemie wahr. **Doch wir fordern UNBEDINGT eine zeitliche Begrenzung und Überprüfung der heutigen Corona-bedingten Eilmaßnahmen je nach Änderung der Lage.**

Der Bundestag soll sich bis zur Überwindung dieser Gesundheitskrise sehr REGELMÄSSIG damit beschäftigen, ob und welche Maßnahmen noch absolut zwingend sind und wie der GESAMTPLAN und der AUSSTIEGSplan der Bundesregierung aussieht, den das vorliegende Gesetzespaket nicht ANSATZWEISE darstellt.

Die AfD lässt die Menschen nicht im Stich – weder die Alten und Kranken in den Intensivbetten – noch die Kurzarbeiter noch die Arbeitslosen in den derzeit geschlossenen Betrieben!

Aber: Die Regierungs-Hybris der totalen Steuerung und Finanzierung der ganzen Gesellschaft durch einen allgewaltigen Staat ist schon in NORMALEN Zeiten verfehlt – bei der Corona-Krise erst recht! DAUERHAFT kann nur eine wieder anlaufende PRIVATwirtschaft die Summen erwirtschaften, die man für eine optimale Gesundheitsversorgung der Menschen benötigt. Von Nichts kommt Nichts. Strom kommt nicht aus der Steckdose – und staatliche Hilfgelder kommen real nicht aus einem KfW-Kreditprozess, sondern just von den Steuern JENER Menschen, die ja eigentlich SELBST mit diesem Geld gesund erhalten werden sollen.

Man kann sich nicht dauerhaft aus einer Krise drücken. Das Land muss wieder SELBST ans Wirtschaften kommen – nach unserer Rechnung nach spätestens wenigen Wochen. Das deckt sich übrigens mit den Schätzungen des Sachverständigenrats der Bundesregierung.

Auf Dauer ist nur eine halbwegs vermögende und freie Gesellschaft auch eine gesunde Gesellschaft. ÜBERSCHULDETE; VERARMTE Länder waren überall in der Welt und der Geschichte auch GESUNDHEITLICH ANGESCHLAGENE Länder mit geringer Lebensdauer der Menschen

Die Kollateralschäden des jetzigen Shutdown-Zustands werden schon in wenigen Wochen untragbar für die Wirtschaft und unerträglich für die Menschen werden.

Stimmen Sie darum bitte unseren Anträgen auf enge BEFRISTUNG und regelmäßige ÜBERPRÜFUNG der vorgeschlagenen Maßnahmen zu. *) Vielen Dank.

*) <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/181/1918159.pdf>

Deutscher Bundestag

Drucksache 19/18159

19. Wahlperiode

25.3.2020

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Peter Boehringer, Marcus Bühl, [...] und der Fraktion der AfD

Feststellung des Katastrophenfalls nach Artikel 115 GG für lediglich einen Monat

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Corona-Pandemie stellt eine außergewöhnliche Notsituation für die Bundesrepublik Deutschland dar. Es ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch noch nicht abschätzbar, wie lange dieser Katastrophenfall anhalten wird. Der Bundestag behält sich daher vor, die Situation in einem Monat neu zu bewerten und stellt die außergewöhnliche Notsituation zunächst befristet für lediglich einen Monat fest.

Begründung:

Die von der Regierung auf Basis der Feststellung des Katastrophenfalls nach Artikel 115 GG angestrebten Maßnahmen bedeuten nie dagewesene und tiefgreifende Einschnitte für Wirtschaft, Gesellschaft und bürgerliche Freiheiten. Der Bundestag sieht sich daher in der Pflicht, die entsprechende Grundlage nach einem Monat zu überprüfen.

Berlin, den 23. März 2020